

Juliversum



MITGLIEDERMAGAZIN | JUNGE LIBERALE BERLIN

Liebe Junge Liberale, Liebe Leserinnen und Leser,

vom ganzen Herzen wünsche ich Euch allen ein erfolgreiches und schönes Jahr 2007! Politisch wird es sicherlich ein spannendes werden – gerade für die JuLis in Berlin: Nach den Wahlen für das Abgeordnetenhaus und die BVVn im vergangenen Jahr wird nun die reguläre politische Arbeit wieder aufgenommen, und wir werden überall dort zur Stelle sein müssen, wo es gilt, liberalen Einfluss auszuüben und politische Entscheidungen für eine gute Zukunft dieser Stadt zu beeinflussen.

Die Weichen für unsere Pläne und die Verwirklichung unserer Vorstellungen werden wir am letzten Wochenende im Januar bei den Wahlen des Landesvorstandes legen. Ich wünsche uns allen dafür ein glückliches Händchen und einen fairen und interessanten Wahlkampf im Vorfeld.

Stellvertretend für den jetzigen Vorstand möchte ich mich an dieser Stelle ganz herzlich für all die tatkräftige Unterstützung im vergangenen Jahr bedanken. Wir haben mit Euch viel geschafft. Ob im Wahlkampf oder bei der inhaltlichen und organisatorischen Weiterentwicklung unseres Landesverbandes. Uns allen hat die Arbeit viel Spaß gemacht und es freut mich sehr, Euch mitteilen zu können, dass ein großer Teil von uns erneut kandidieren wird und all seine Ideen und Möglichkeiten weiterhin der jungliberalen Sache zur Verfügung stellen möchte.

Nachdem im vergangenen Jahr der Fokus stark auf die Wahlen und den Landesverband gerichtet war, wird es in diesem Jahr sicherlich sinnvoll sein, die Bezirke mehr in den Vordergrund zu stellen. Einige funktionieren hervorragend. In ihnen wird sowohl inhaltliche als auch personelle Aufbauarbeit geleistet, und die guten liberalen Ideen sprudeln nur so hervor. Hierfür könnte ich zahlreiche positive Beispiele nennen. Konkret nennen möchte ich aber unseren Bezirksverband Mitte. Trotz der nicht einfachen Klientel und Umgebung gehört er den zu den größten und aktivsten unserer Verbände und geht einen eigenen und sehr erfolgreichen Weg. Mit einer Programmatik sowohl für den Bezirk als auch für das Land werden hier Antworten für unsere Stadt entwickelt.

Andere Bezirke benötigen da noch mehr Unterstützung. Hier gilt es im kommenden Jahr Hilfestellung zu leisten und Synergieeffekte zu finden und zu nutzen.

Aber für das Erste wünsche ich Euch allen viel Spaß beim Lesen der jungliberalen Lektüre, bei der wir auch diesmal wieder hoffen, Euren Geschmack getroffen zu haben.

Und für alles weitere wünsche ich uns allen gemeinsam viel Erfolg!

Herzliche Grüße,
Eure
Daniela Langer

Berlin braucht eine strategische Machtalternative

Die letzte Legislaturperiode war zu weiten Teilen gekennzeichnet von unpolitischen Debatten, in denen der Senat als knickriger Sachwalter agierte, ohne ein Ziel für die marode Stadt aufzuzeigen. Die CDU versuchte die Beschäftigung mit ihrer Vergangenheit zu vermeiden, während die Grünen ob der Unschlüssigkeit erstarrten, ob sie Rot-Rot nun bekämpfen oder sich anbieten sollten. Einzig die FDP wurde selbst von weniger Gewogenen Meinungsbildnern als klare, konzeptionelle Alternative wahrgenommen. Das wird sich in dieser Legislatur ändern.

Die CDU ist mit Friedbert Pflüger als liberalem Feigenblatt angetreten. Er hat es nach den Wahlen trotz des katastrophalen Ergebnisses vermocht, alte Granden einzubinden und seine Stellung zu sichern. Er wird der Berliner CDU ein modernes, weltoffenes Image verleihen und sie zu einer wählbaren Alternative aufbauen. Die Grünen haben trotz des respektablen Ergebnisses gemerkt, dass es mit WASG und PDS am linken Rand eng werden wird. Um auch in Berlin – wie im Ländle – Wahlen gewinnen zu können, muss sie das liberale Großstadt-Milieu ansprechen, statt unter Öko-Stalinisten auf Stimmenfang zu gehen. Die Opposition drängt sich sozusagen in der Mitte.

Für die FDP wird es als kleinste parlamentarische Kraft damit schwieriger, in der Öffentlichkeit als Gegenmodell wahrgenommen zu werden. So lange CDU und Grüne lediglich mit der SPD eine Regierungsoption wahrnehmen, wird sich die Opposition gegenseitig aufreiben und den linken Koalitionären einen ruhigen Alltag verschaffen. Es bedarf eines geschlossenen Gegenentwurfes, in welchem die Oppositionsparteien ihr eigenes Profil gestalten. Mit Pflüger und Eichstädt-Bohlig kann das ohne Selbstaufgabe gelingen. Eine liberale Großstadtkoalition: weltoffen, ökologisch wie finanzpolitisch nachhaltig und mit Integrationsbemühungen ohne ideologische Scheuklappen; die die Freiheit und Verantwortung an die Bürger delegiert, mit echtem Willen zur Devolution.

Der vielfache Hinweis, über Konstellationen würde nach dem Ergebnis diskutiert, trägt nicht: Nur mit einem geschlossenen Gegenentwurf, der eine Vision für Berlin aufzeigt und eine klare Machtperspektive hat, gelingt es, frustrierte Wähler an die Urnen zu rufen. Dafür muss fortan der Grundstein gelegt werden.

Sirko Schulz

Tod den Killerspielen?

Ein jugendlicher Computerspieler läuft Amok – und wieder ist er da, der Ruf nach einem Verbot so genannter „Killerspiele“.

Medien, Politiker und Kirchen formen zur Zeit eine Allianz, die solchen - auch als Egoshooter bekannten - Computerspielen den Kampf ansagt. Sie sind sich sicher, dass solche Gewaltspiele bei immer mehr Jugendlichen zu einem Realitätsverlust führen. Was im Spiel möglich sei, werde später in der realen Welt kopiert und nachgeahmt. Ein Schüler, der am PC nächtelang in eine Welt der Brutalität und des Horrors abtauche, könne irgendwann die Grenze zwischen Spiel und Realität nicht mehr erkennen. Brauchen wir also tatsächlich ein Verbot solcher Gewaltspiele?

Wer sich nur etwas näher mit diesen Spielen beschäftigt wird einige interessante Erfahrungen machen: Bei der überwiegenden Mehrzahl der Egoshooter geht es im Kern überhaupt nicht darum, in einer Phantasiewelt herumzurennen und möglichst viele Feinde zu ermorden. Viel-

mehr liegt den meisten Spielen eine sehr ausgefeilte und komplizierte Mission zugrunde, die der Spieler erfüllen muss. So gilt es oft Geiseln zu befreien oder bestimmte Gegenstände zu erlangen. Der Weg dorthin führt dabei zwar in der Tat über viele Feinde, die man „erledigen“ muss. Dabei geht es jedoch viel weniger um Brutalität als vielmehr um ein hohes Maß an Geschick und Taktik.

Nicht ohne Recht werden diese Spiele oftmals als moderne Variante des Kinderspiels „Räuber-und-Gendarm“ charakterisiert. Viele Märchen, mit denen auch die Generation unserer Eltern aufgewachsen ist, enthalten mehr Gewalt und Gemetzel als so manches Computerspiel – man denke nur an die Hexe, die bei Hänsel und Gretel bei lebendigem Leibe im Ofen verbrannt wird, oder an Max und Moriz, die in einer Mühle zu Fetzen gemahlen werden.

Natürlich darf man bei allem nicht übersehen, dass es auch reine „Ballerspiele“ gibt, in denen es wirklich nur auf Brutalität ankommt. Solche Spiele stehen jedoch auch heute schon auf dem Index. Jedes neue Computerspiel wird von seiner Einführung von unabhängigen Gutachtern klassifiziert. Gewaltverherrlichende Spiele bekommen keine Jugendfreigabe und dürfen in Geschäften nur Erwachsenen zugänglich sein.

Gerade nicht in dieses Genre etwa gehört das fälschlicherweise im Zusammenhang mit Killerspielen oft genannte Spiel „Counterstrike“. Aus eigener Erfahrung und zahllosen durchgespielten Nächten während meiner Schulzeit weiß ich noch, wie viel Spaß ein solches Strategiespiel machen kann, vor allem wenn er über das Internet gegen Freunde gespielt wird. Dennoch überkam weder mich noch meine Mitspieler morgens in der Schule je die Lust, auf Mitschüler und Lehrer loszugehen.

Allein an diesen Spielen kann es also nicht liegen, wenn Schüler plötzlich ausrasten und um sich schießen. Gerade der Fall des Amokläufers von Emsdetten ist dabei einer näheren Betrachtung wert. Wie in fast allen derartigen Fällen handelte es sich auch hier bei dem Täter um einen absoluten Einzelgänger, der kaum Anschluss an seine Klassenkameraden fand. Vielmehr war er bei seinen Mitschülern als Sonderling bekannt, der sich komisch benahm und mit dem kaum jemand etwas anfangen konnte. Fast immer wird der Täter eines solchen Amoklaufs später derartig charakterisiert.

Hier zeigt sich eine wirkliche Notwendigkeit: Die möglichst frühzeitige Erkennung und Behebung sozialer Störungen und fehlender Integration bei Schülern. Benötigt werden pädagogische Konzepte, um solche Jugendlichen besser in die Klasse und ihr gesamtes Umfeld einzubinden. Besonders wichtig ist dabei auch der Dialog mit den Eltern. Denn oftmals wissen diese gar nichts von den Problemen ihres Kindes. Auch sollte der Frage nachgegangen werden, wie es überhaupt möglich sein kann, dass diese Jugendlichen Zugang zu Waffen haben.

Zurück zu den Computerspielen: Abgesehen davon, dass es keine Notwendigkeit dafür gibt, wäre ein generelles Verbot auch überhaupt nicht durchsetzbar. Mittlerweile kann jedes beliebige Spiel per Download im Internet beschafft werden. Auch der Amokschütze von Emsdetten hatte sich seine Spiele aus dem Netz heruntergeladen. Verkaufsverbote für Software sind in Zeiten des Internets daher weder praktikabel noch sinnvoll.

Die Liberalen und die Ökologie.

Seit Beginn der Wetteraufzeichnung hat es in Deutschland keinen wärmeren Herbst gegeben als in diesem Jahr. Wenn das Thermometer im November gleich mehrfach über 20°C steigt, dann genießen wir diese warmen Tage in vollen Zügen.

Doch bei jedem verantwortungsvoll denkenden Menschen macht sich gleichzeitig ein beklemmendes Gefühl breit: Die Extremwetterlagen der letzten Jahre (insbesondere der Jahrtausendsommer von 2003) sind unabstreitbare Anzeichen einer erschreckend schnell voranschreitenden globalen Erwärmung. Besonders besorgniserregend dabei ist, dass dieser Prozess gerade erst angefangen hat und sich in den nächsten Jahren immer mehr verstärken wird. Die ökologischen und ökonomischen Folgen sind in ihrer Größe und Dimension kaum fassbar. Einer Schätzung des Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung zufolge, wird der Klimawandel bis 2050 weltweit einen volkswirtschaftlichen Schaden in Höhe von 200 Billionen US\$ verursachen (im Vergleich: der aktuelle Schuldenstand der Bundesrepublik beträgt unter 1,6 Billionen US\$). Vor diesem Hintergrund bezeichnet der Chef-Ökonom der Weltbank, Sir Nicholas Stern, den Klimawandel sogar als die größte Bedrohung für die weltweite Wohlfahrt und den weltweiten Frieden.

Als Junge Liberale Berlin sollten wir unsere gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen und uns folglich in besonderem Maße für den Schutz der Umwelt einsetzen, anstatt das Feld den Grünen zu überlassen. Zwar heißt es bereits in unserer Satzung, dass wir uns für „eine sozial und ökologisch orientierte Marktwirtschaft“ einsetzen, tatsächlich aber existiert praktisch keine Beschlusslage zum Thema Umweltschutz. In Anbetracht der Tatsache, dass unsere Generation die Auswirkungen der globalen Erwärmung noch selbst miterleben wird, müssen wir unser Engagement in diesem Bereich deutlich verstärken und die daraus entstehenden neuen Impulse in die FDP hineinragen.

Aufgrund der außerordentlich großen Bedrohung, die vom Klimawandel ausgeht, sollten wir bereit sein, auch solche Maßnahmen zur Reduzierung des Treibhauseffekts zu unterstützen, die bisher als eher unpopulär unter Liberalen galten. Pigou- Steuern stellen dabei ein effizientes Mittel dar. So halte ich beispielsweise eine weitere Erhöhung der Mineralölsteuer für vertretbar, wenn gleichzeitig an anderer Stelle eine Entlastung stattfindet. Grundsätzlich sollte gelten, dass die Menschen für den ökologischen Schaden, der durch die Gewinnung der von Ihnen genutzten Energie entsteht, auch bezahlen müssen. Es gibt verschiedene Untersuchungen, die belegen, dass es möglich wäre den Energieverbrauch zu halbieren ohne gravierende Abstriche beim Lebensstandard hinnehmen zu müssen.

Hier ist es jedoch unzureichend, wenn sich nur die Europäer für den Klimaschutz einsetzen. Vor allem die USA und die asiatischen Staaten müssen in diesem Bereich mehr Engagement zeigen. Im Übrigen ist die erfolgreiche Bilanz vieler europäischer Staaten bei der Reduktion der Treibhausgase nur dem Umstand geschuldet, dass sich die Produktion der Industriegüter zunehmend nach Asien verlagert. Eine ehrliche Statistik sollte also auch die für die Erzeugung von importierten Gütern aufgebrauchte Energie beinhalten. Die strengen Umweltauflagen innerhalb der EU nützen nichts, wenn gleichzeitig in China und Indien ohne Rücksicht auf die Umwelt Güter für den europäischen Markt produziert werden. Denkbar wäre es zum Beispiel, die CE-Richtlinien, also jene Standards, denen ein Produkt genügen muss um nach Europa eingeführt werden zu dürfen, um bestimmte ökologische Mindeststandards zu erweitern, die bei der Produktion eingehalten werden müssen.

Um den Klimawandel zu verlangsamen und schließlich zu stoppen, müssen die Staaten wirklich mutige und weitreichende Maßnahmen ergreifen. Das Kyoto-Protokoll ist hierbei nur ein symbolischer Beginn und würde, sofern vollständig umgesetzt, nur einen um 0,1°C geringeren Anstieg der Temperaturen bewirken. Wenn wir lebenswürdige Bedingungen auf der Erde erhalten wollen, dürfen wir keine Zeit mehr verlieren. Als Junge Liberale sollten wir unsere Verantwortung für die Zukunft erkennen und einen politischen Beitrag für mehr Klimaschutz leisten.

Leo Wittrien

Wirtschaftswachstum durch Weltoffenheit

Libérale Einwanderungspolitik: Herausforderungen der Globalisierung gerecht werden Unternehmer oder Unterlasser?

Für Unternehmer und Investoren aus Fernost sollte der Weg nach Deutschland und Europa über Berlin führen. Jedoch sind nach wie vor Düsseldorf, Hamburg und Köln die "Asien-Hochburg" in Deutschland. Statt den wirtschaftlichen Trend aus Fernost aufzufangen und dadurch für mehr Beschäftigungs- und Wirtschaftswachstum zu sorgen, steckt der rot-rote Senat den Kopf in den Sand. Nicht ohne bürokratische Hürden haben sich bereits über 270 Industrieunternehmen aus Fernost mittlerweile in der Hauptstadtregion niedergelassen. Es könnten mehr sein, wenn der Weg für ausländische Investoren nicht in erster Linie über die Ausländerbehörde, sondern über den Wirtschaftssenat und Berlin Partner GmbH geht. Berlin hat sehr gute Standorte wie z.B. dem Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Adlershof, dem Innovationspark Wuhlheide, der Technologie- und Gründerzentrum Spreekie (TGS) in Oberschöneweide. Als Standortvorteil kommen die zahlreichen Universitäten, Fachhochschulen und Akademien sowie die Nähe zu Botschaften und Politik und nicht zu letzt das Kulturangebot der Hauptstadt hinzu. Aber auch die geografische Nähe zu den neuen Märkten in Osteuropa ist ein strategisch wichtiger Grund sich in Berlin niederzulassen.

Wirtschaftsförderer des Senats, der Bezirke und des Landes Brandenburg stellen fest, dass die Mehrheit der ausländischen Investoren aus Ost- und Südostasien kommen. Unter denen sind neben Japan vor allem die Tigerstaaten wie Korea, Singapur, Taiwan und Malaysia. Zudem steigt das Interesse an Berlin von Investoren von den aufblühenden Wirtschaftsnationen wie China oder Indien. Mit dem Flughafen Berlin-Brandenburg International (BBI) in Schönefeld wird das Interesse in den nächsten Jahren noch größer. Ein internationaler Airport ist für die Entscheidung zur Ansiedelung eines Unternehmens oft entscheidend. Mit dem BBI wird der Blick in Richtung Mittleren und Fernen Osten gehen. Viele Kontakte zu asiatischen Fluggesellschaften gibt es bereits, so dass man mittelfristig realistisch wieder Nonstop-Verbindungen etablieren kann. Wenn der BBI seinen Betrieb aufnimmt, werden diese Verbindungen besonders attraktiv. Berlin würde mit dem BBI einen Vorteil nutzen, der in seiner Bedeutung nicht unterschätzt werden darf - die Hauptstadt würde dann eine Flugstunde näher an den Märkten im Osten liegen, als die übrigen großen europäischen Luftdrehkreuze. Langstreckenjets kosten pro Betriebsstunde zwischen 35.000 und 45.000 Euro. Da werden sich manche Fluggesellschaften aus Asien, Australien oder Nahost überlegen müssen, welchen westeuropäischen Flughafen sie zuerst anfliegen.

Laut ausländischen Unternehmensberatern zeigen Investoren beispielsweise aus Japan, Korea oder China großes Interesse an der Hauptstadt. Dennoch befinden sich die meisten Niederlassungen aus Japan in Düsseldorf (490 Unternehmen) und aus China in Hamburg (600 Unternehmen). Die rund 490 japanischen Unternehmen sorgen in Düsseldorf und Umgebung für 35.000 Arbeitsplätze. Handelshäuser und Industrieunternehmen aus den Bereichen Elektrotechnik, Chemie, Stahl und Maschinenbau haben sich im Raum Düsseldorf ebenso niedergelassen wie Werbeagenturen, Immobilienfirmen und Finanzdienstleister. Japanische Geschäftsleute und viele junge Familien mit kleinen Kindern sind ein vertrautes Bild rund um die Düsseldorfer Immermannstraße. Asiatisches Flair vermitteln auch Restaurants, Geschäfte, Hotels mit japanischem Frühstück und japanischem Satelliten-Fernsehen, japanische Friseure und natürlich Karaoke-Bars. Der Japanische Garten im Nordpark ist eins der schönsten Geschenke, die die 9.000 Japaner ihrer neuen Heimatstadt am Rhein machen konnten. Auch mit dem "EKO-Haus der Japanischen Kultur" unterstreichen die Mitbürger aus Fernost, wie sehr sie sich in Düsseldorf heimisch fühlen. Inmitten einer großen Gartenanlage stehen ein Veranstal-

tungs- und Studienzentrum sowie ein buddhistischer Tempel. Damit hat Düsseldorf ein "Little Tokyo".

Die Hauptstadt hätte schon längst solch ein touristisches Highlight ebenfalls haben können, die als neue Anziehungs- und Wirtschaftskraft fungiert hätte. Berliner Initiatoren haben in der Vergangenheit mit hohem bürokratischen Aufwand und auf eigene Kosten "Asiatown-Projekte" umsetzen wollen, die von Bürokraten aus unerklärlichen Gründen gestoppt wurden. Dabei ging es lediglich um 100 bis 300 Meter Straßenslänge, in der links und rechts asiatisches Gewerbe und Dienstleistungsunternehmen gebündelt werden sollten. Während der rot-rote Senat hinter solch ein kulturelles und touristisches Highlight "kriminelle Energie" befürchtet und vom Senatskanzlei sogar ein "Asiatown" als "Schnaps-Idee" bezeichnet wird, planen bereits der Wirtschafts- und Stadtentwicklungssenat in Hamburg eine Chinatown an der Hafen-City.

Bereits heute warten vor den Toren Berlins Unternehmen aus China, Singapur, Südkorea und Indien. Sie senden im Vorfeld ihre Handelsvertreter und Manager, die Kontakte zu deutschen Geschäftspartnern aufbauen und eine potenzielle Niederlassung vorbereiten sollen. Sie sollen auch die rechtlichen und behördlichen Fragen klären. Und an dieser Stelle scheitern viele Investitionspläne und Niederlassungsvisionen. Vor Ort beklagen die deutschen Geschäftspartner den restriktiven Umgang in den Verwaltungen mit ausländischen Investoren. In Asien sind die Erwartungen von der Hauptstadt der drittgrößten Wirtschaftsnation groß. Man ist in Asien eine schnelle und konkrete Entscheidungsgeschwindigkeit gewohnt, einen perfekten Service, eine höfliche Mentalität und eine minimale Bürokratie. Mit diesen Erwartungen kommen die Investoren nach Berlin und Deutschland. Als weltoffene Stadt müssen sich die Behörden und Verwaltungen darauf einstellen, wenn man nicht zusehen will wie andere deutsche Städte oder andere europäische Metropolen an Berlin vorbeiziehen.

Einwanderung oder Arbeitslosigkeit?

Das "Little Tokyo" in Düsseldorf fungiert bereits als eine Art "Wirtschaftsmotor". Ein künftiges "Chinatown" in Hamburg würde für noch mehr Investoren aus Fernost locken und Touristen aus aller Welt anziehen. Ein "Asiatown" in Berlin würde ebenfalls als "Wirtschaftsmotor" und als touristisches Highlight fungieren, zugleich entstehen damit neue Arbeitsplätze und Steuereinnahmen. Solche Konzepte und Niederlassungsstrategien aus Asien entwickeln sich jedoch nicht durch Zufall oder von selbst. Das setzt eine weltoffene, moderne und liberale Einwanderungspolitik sowie ein "politischer guter Wille" voraus. Hinzu kommen konstruktive rechtliche Rahmenbedingungen. An dieser Stelle sind wir beim Zuwanderungsgesetz angekommen. Im damaligen Vermittlungsausschuss hatte die CDU und CSU das von Rot-Grün vorgeschlagene Punktesystem zur Steuerung der Zuwanderung von Qualifizierten strikt abgelehnt, während die FDP-Fraktion dafür war. Zahlreiche Vertreter von Wirtschaft, Kirchen und Gewerkschaften und mehrere CDU Mitglieder, darunter die frühere Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth, zeigten Unverständnis über die kompromisslose Position der Christdemokraten im damaligen Vermittlungsausschuss. Auch die restriktiven Voraussetzungen (eine Millionen Investitionssumme und zehn Arbeitsplätze) für die Niederlassung von ausländischen Investoren war eine Forderung der Union. Im internationalen Wettbewerb kann Deutschland unter diesen Voraussetzungen nicht mithalten. Am Beispiel Kanada wird deutlich, dass das Zuwanderungsgesetz Reform bedarf. Damit ausländische Investoren sich in Kanada niederlassen dürfen, sind die Voraussetzungen dafür nur 800.000 Euro als Investitionskapital und keine Arbeitsplätze. Jeder Wirtschaftsexperte wird die Meinung teilen, dass bei 800.000 Euro sowieso Arbeitsplätze geschaffen werden, vielleicht sogar mehr als zehn. Ausländische Investoren mit einem Investitionskapital von 999.999 Euro und eventuelle Schaffung von 50 Arbeitsplätzen, bekommen in Deutschland de facto keine Aufenthaltsgenehmigung und keine Arbeitserlaubnis, zumindest nicht sofort. Durch Rechtsanwälte, Unternehmerverbände und

öffentlicher Druck kann für ein Niederlassungs- und Investitionsrecht, Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis gekämpft werden. Das aber kostet sehr viel Zeit und das haben Investoren aus betriebswirtschaftlichen Gründen in den meisten Fällen nicht. Auch hier gilt "time is money". Im Gegensatz zu den USA, kann Deutschland auch nicht Wissenschaftler im Ausland anwerben, weil der Anwerberstopp von 1972 nach wie vor aufrecht gehalten wird. Was bleibt ist nur das passive Zusehen wie Länder, die ein Punktesystem haben, deutsche Hochqualifizierte, Fach- und Führungskräfte (die im Übrigen hierzulande fast zum Nulltarif gut ausgebildet wurden sind) anwerben und im Ausland ihr Wissen frei entfalten, Arbeitsplätze schaffen und den Wettbewerbsvorsprung des jeweiligen Landes weiter ausbauen.

In Deutschland fehlen Millionen Menschen unter 30 Jahren. Die Auswirkungen dieser demografischen Lücke sind bereits sichtbar. Unsere Konsumkrise ist keineswegs nur konjunktureller, steuerlicher oder bürokratischer Art, sondern hat in hohem Maße bevölkerungsstrukturelle Ursachen. Ältere Menschen haben zwar Geld, aber sie geben es nicht aus. Sie kaufen weniger neue Kleider, gehen weniger auf Reisen, in Clubs, Bars und Restaurants, kaufen weniger neue technologische Geräte, sie renovieren ihre Wohnungen seltener. Von der demografischen Krise profitiert lediglich der Medizinbereich. Unsere Wirtschaft hätte auch bessere Chancen, könnte sie auf einen größeren Talent- und Nachwuchspool zurückgreifen. Energie und Dynamik einer Gesellschaft mit Millionen jungen Menschen mehr oder eben weniger unterscheiden sich dramatisch. Unternehmensgründungen, Kreativität, Innovationsbereitschaft, Mobilität, Offenheit, Flexibilität, Risikobereitschaft – all diese Verhaltensvariablen hängen nicht zuletzt von der Jugendlichkeit einer Gesellschaft ab. Wir sind eine immer älter werdende Gesellschaft! Die dramatischen Folgen für das Sozial- und Rentensystem sind bekannt. Der Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Deutschland ist ebenfalls in Gefahr. Kein Wunder also, dass immer mehr Fach- und Führungskräfte, Hochschulabsolventen und Top-Manager aus Deutschland auswandern und in Einwanderungsnationen wie USA, England oder Australien bessere Perspektiven sehen. Experten schätzen eine jährliche Auswanderungswelle von ca. 250.000. Im Vergleich dazu wandern im Schnitt 80.000 Menschen jährlich nach Deutschland ein.

Über eine liberale Einwanderungspolitik wird Deutschland langfristig nicht herum kommen. Die jungen Einwanderer sollten am besten aus Gesellschaften stammen, die der Bildung, Freiheit und Demokratie Wert zumessen und eine hohe Integrationsfähigkeit aufweisen – setzt natürlich voraus, dass die deutsche Gesellschaft selbst Integrationskompetenz besitzt. Die deutsche Gesellschaft hat die Wahl, entweder immer tiefer in das Bevölkerungs-, Beschäftigungs- und Wirtschaftsdesaster hineinzuschlittern oder auf liberale Einwanderungspolitik zu setzen. Beide Optionen sind nicht ohne Probleme. Aber für mich steht außer Frage, welche die für unsere Zukunft attraktivere ist. Die Frage wohin wir gehen ist nämlich wichtiger denn je als die woher kommen!

Joel Cruz

Milton Friedman ist kein Vorbild für Liberale!

Anlässlich des Todes des mit dem Nobelpreis ausgezeichneten Ökonomen Milton Friedman vor wenigen Wochen stellte sich innerhalb der Jungen Liberalen die Frage, inwiefern dieser Vorbild für Liberale war/ist.

Zweifelsohne war Friedman ein gewichtiger Ökonom – viele seiner Thesen haben sich nicht nur in der Praxis als richtig erwiesen sondern sind auch – zu Recht – in die Programmatik von Liberalen eingeflossen. Nur: macht ihn das automatisch zu einem Liberalen? Meiner Meinung nach ist Liberalismus nicht nur eine ökonomische Ausprägung – Liberalismus will die Freiheit der Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen – vernünftigerweise

liegt ein gewichtiger Schwerpunkt des Liberalismus im gesellschaftlichen Bereich – in dem Kampf für Demokratie, Menschen- und Bürgerrechte. Aus streng ökonomischer Sicht können die letztgenannten Punkte vernachlässigt werden – das Beispiel China zeigt, dass eine autoritäre Regierung durchaus in der Lage ist wirtschaftliche Erfolge zu erzielen und gleichzeitig ihre Menschen zu unterdrücken.

Hier zeigt sich nun das Problem mit der Gleichsetzung von Ökonomen und Liberalen – gerade auch am Beispiel Friedman:

Milton Friedman reiste 1975 zu einem Vortrag nach Chile – Ende 1973 wurde Chile durch den blutigen Putsch des Augusto Pinochet gegen den sozialistischen (und demokratisch gewählten) Präsidenten Salvadore Allende zu einer der brutalsten Militärregierungen des südamerikanischen Kontinents. Zu Recht war das Pinochet-Regime international eher isoliert. Zwar betonte Friedman in seiner dortigen Rede auch, dass individuelle Freiheiten wichtig seien, jedoch leistete er mit seinem Besuch einen nicht zu vernachlässigenden Beitrag zu der internationalen Anerkennung des Militär-Regimes.

Heereschef Augusto Pinochet Ugarte nach der blutigen Machtübernahme im Herbst 1973 In den Folgejahren verfolgte die Militär-Junta radikal die Konzepte Friedmans und seiner Chicagoer Kollegen – den sog. „Chicago-Boys“ – diese wurden somit – halb gewollt, halb vereinnahmt – zu einer wichtigen Stütze des Regimes. Im Zuge dessen kam es zu massiven sozialen Verwerfungen – die Löhne sanken, das Armutsniveau stieg massiv an. Erst nach der Rückkehr zur Demokratie 1990 gelang es den neugewählten Regierungen, eine wichtige Balance zwischen marktwirtschaftlicher Ausrichtung und Gewährung sozialstaatlicher Leistung eine bessere soziale Absicherung aller Bevölkerungsschichten zu erreichen und in Folge dessen auch stabile wirtschaftliche Erfolge zu erzielen.

Hier zeigt sich m.E. das Problem der Gleichsetzung von Ökonomen mit Liberalen: Liberale sind zweifelsohne glühende Anhänger einer auf Freiheit und damit auf Marktwirtschaft ausgerichteten Gesellschaft – gleichwohl sind sie genauso glühende Anhänger von Demokratie und Menschenrechten. Die auch nur temporäre Unterdrückung des Volkes zur Durchsetzung ideologischer Konzepte sind für sie unakzeptabel – für Ökonomen dagegen können sie Sinn ergeben und folglich Demokratie/Menschenrechte als subsidiär betrachtet werden. Gleichwohl sind Liberale eben nicht Anhänger einer radikalen Marktwirtschaft als Selbstzweck, sondern aus ihrem individuellen Freiheitsbegriff heraus der Überzeugung, dass ein System den Menschen dienen muss (hierfür ist eben die SOZIALE Marktwirtschaft das unserer Überzeugung nach beste System).

Da das Primat von Liberalen eben in aller erster Linie die Freiheit der Menschen ist, liegt hier ein mitunter mit Ökonomen nicht vereinbarer Dissens vor. Die Ökonomie hat das Problem, dass sie die individuelle Präferenzwahl nicht volkswirtschaftlich abbilden kann. Die Wahl des eigenen Werte und der eigenen Lebensführung sind aber gerade Kern des liberalen Menschenbildes. Dies spricht nicht dagegen, Friedman als Ökonomen zu schätzen (auch wird ihm nicht bestritten werden können, grundsätzlichen Anhänger der Demokratie zu sein) – jedoch macht ihn dies nicht per se zu einem Liberalen. Sofern Gesellschaften als Folge der Gewährung ökonomischer Freiheiten auch politische Freiheiten gewähren (im Falle Chinas z.B. gerade NICHT der Fall), ist das zwar erfreulich – aber eben nicht liberaler Politikansatz. Für diesen sind politische Freiheiten und unbeschränkte Gewährung von Menschenrechten schlichtweg UNVERZICHTBAR.

Daher kann man Friedman als Ökonomen schätzen und ehren – jedoch die Titulierung als Liberalen reduziert den Liberalismus zu einer rein ökonomischen Überzeugung und pervertiert das, wofür Liberale über Jahrzehnte gestritten und gekämpft haben und in vielen Ländern immer noch kämpfen müssen.

Demonstranten gegen das Pinochet-Regime in Chile 1983 werden mit Wasserwerfern attackiert

Fritz Ohnesorge

Bezirksbericht JuLis CWS Dezember 2006 / gemeinsame Weihnachtsfeier mit SZ

Am 13. Dezember feierten die JuLis CWS ihre Weihnachtsfeier 2006. Im Rathaus Charlottenburg, dessen Sitzungssaal 1 uns dieses Mal von 19.00 Uhr bis kurz vor 23.00 Uhr zur Verfügung stand, veranstalteten wir zusammen mit dem Bezirksverband Steglitz-Zehlendorf unsere Weihnachtsfeier. Bei Weihnachtsgebäck und heißem Glühwein trafen wir uns in großer Runde - ergänzt um einige Mitglieder aus FKN und Wuhletal - zum DVD-Schauen und anschließender lockerer politischer Diskussion.

Auf dem Programm stand die letztjährige Dokumentation "We Feed the World" des Österreicher Erwin Wagenhofer. Sie zeigt, unter welchen Bedingungen Tomaten in Spanien erzeugt werden (zehntausende Hektar große Treibhausplantagen); wie Anbaugelände für Soja und Mais in Brasilien gewonnen werden (durch Rodung von Urwald); wie französischer Fisch von Großschiffen aus dem Wasser gezogen wird (mit geplatzten Augen aus 700 m Tiefe); dass Hühner zu zehntausenden küchenfertig verpackt werden (nach einer industrialisierten, nun mehr achtwöchigen Produktionszeit). Als Mahner und beinahe Moderator tritt zwischen den Sequenzen Jean Ziegler, UN-Sonderberichterstatter für das Menschenrecht auf Nahrung, auf. Selbst sehr gut genährt, prangert er vor allem zwei Dinge an:

1. Auf der Welt wird Essen für 12 Milliarden Menschen produziert, doch fast eine Milliarde lebt dauerhaft unterernährt. Länder wie Brasilien lassen die eigene Bevölkerung verhungern, setzen jedoch Soja und Mais und anderes meistbietend auf dem Weltmarkt ab.
2. Durch die exorbitante Subvention von Landwirtschaft in EU und USA haben unterentwickelte Länder, in denen Arbeit mit deutlich unter einem Dollar vergütet wird, keine Chance, ihre Produkte abzusetzen - selbst im Heimatland nicht.

Während der erste Punkt deutlich überspitzt und ohne Wirkzusammenhang propagiert wird, stellt der zweite große Kritikpunkt sicherlich eine moralisch schwer vertretbare Tatsache dar. Es muss erschreckend sein zu hören, dass europäische Lebensmittel etwa im Senegal zweimal billiger sind als einheimische. Zudem führt dies dazu, dass senegalesische Bauern ihren Hof aufgeben sich mit Schleußerbanden in den Westen durchschlagen, um sich dort unter menschenunwürdigen Bedingungen als Plantagenarbeiter zu verdingen.

Ans Finale der Dokumentation wird ein Interview mit dem Nestlé-Chef Peter Brabeck gestellt. Darin vertritt der Manager die Ansicht, dass Wasser grundsätzlich ein wirtschaftlicher Wert beigemessen werden soll, damit die Menschen einen bewussteren Umgang mit dieser Ressource lernen. Ausnahmen für besonders arme Regionen sollten freilich bestehen. Zum Problem des fehlenden Zugangs zu frischem Wasser äußerte er sich hingegen nicht. Im Anschluss des sehr aufschlussreichen, stellenweise stark suggestiven Films standen fragmentierte Diskussionen zur Dokumentation, zum zu Ende gehenden Jahr sowie zu (liberalen) Aussichten für das neue Jahr 2007.

Die nächste und letzte Veranstaltung in diesem Jahr findet am 17. Dezember vor der Hugendubel-Filiale am Bahnhof Zoo statt. Unter dem Motto "Heute schon an Morgen denken!" verteilen wir als Osterhase verkleidet entsprechende Süßigkeiten und weisen mit Nachdruck auf

die globale Erderwärmung, die ein rasches und konsequentes Handeln erfordert, hin.
Alexander Eck unter Mitwirkung von Mischa Hecker

Team mit Herz im Herzen Berlins

Nach dem Rückzug unseres Vorsitzenden Terence Freibier, dem wir noch einmal für seine geleistete Arbeit für die Julis danken wollen, ist nun im Bezirk Mitte wieder Normalität eingetreten. Auf der Bezirkssitzung am 7.11.06 wurde ich (Holger Sieg) zum kommissarischen Bezirksvorsitzenden gewählt. Bei der Übergabe hat alles reibungsfrei geklappt und wir freuen uns über eine rege Beteiligung an Bezirksarbeit aber auch an den LfA's und anderen berlinweiten und bezirksübergreifenden Aktionen. Ich finde, es ist mal Zeit für ein Lob und hiermit möchte ich meinen Mitstreitern und Freunden im Bezirk einmal herzlich danken. Nur durch euch können die Julis Mitte zu dem werden, was sie sein sollten: Ein Bezirksverband, der programmatisch und inhaltlich aktiv ist, sich mit neuen Ideen und Vorschlägen ins politische Geschehen unserer Hauptstadt einbringt, Präsenz zeigt und sich rege an den aktuellen Diskussionen beteiligt. Ich bedanke mich sowohl bei meinen Vorstandskollegen Chris Santl und Alex Wagner als auch bei Juliane Puls, Steffen Warmboldt, Juliane Homuth, David Issmer und Philipp Ehmann, um nur Einige zu nennen. Durch euer Engagement macht die Arbeit bei den Julis-Mitte richtig Freude und ich zähle auf euch, damit wir auch im nächsten Jahr ein Verband sind, der immer mit Herz, Verstand und einer guten Portion Spaß bei der Sache ist.
Holger Sieg (BV Julis-Mitte)

Vertrauensverluste

Laut und zurecht klagen politische Verantwortliche im Lande über die Politik(er). Doch ist diese oft selbst verschuldet, im Großen wie im Kleinen, wie auch die jüngsten Ereignisse um die BIRTHLER Behörde einmal mehr demonstrieren:

Die Beschäftigung von 52 ehemaligen Stasi-Mitarbeitern in der Behörde sei «für das Ansehen sehr, sehr schädlich», sagte Neubert, Landesbeauftragte für Stasi-Unterlagen in Thüringen. Der Verdacht, dass diese Bediensteten Dokumente im Nachhinein verschwinden ließen, sei nicht auszuräumen. Bislang sei man von 10 bis 15 Stasileuten ausgegangen, die Amtsvorgänger Joachim Gauck beim Aufbau der Behörde Anfang der 90er Jahre wegen ihres Hintergrundwissens eingestellt hatte. Offenbar sei Marianne BIRTHLER bislang selbst nicht über die deutlich höhere Zahl informiert gewesen. Es entstehe der Eindruck, dass der Bundesbeauftragte von der eigenen Verwaltung Informationen vorenthalten worden seien. Marianne BIRTHLER verbreitete indessen Information, wonach 1800 ehemalige Stasi-Mitarbeiter im öffentlichen Dienst tätig seien. «Ich halte es für problematisch, dass BIRTHLER damit offenbar von den Vorwürfen gegen ihr eigenes Haus ablenken will», so Neubert. Das sei eine unkluge Strategie. In der Öffentlichkeit entstehe nun der Eindruck, dass die Arbeit der BIRTHLER-Behörde bislang nicht erfolgreich war. Die Information sei zudem unqualifiziert, da nicht klar werde, wie stark die 1800 Betroffenen durch ihre frühere Stasi-Tätigkeit belastet seien. Einmal mehr schütteln die Bürgerin und der Bürger verständnislos den Kopf.

Bea Schütz (BV Wuhletal)